

**Stefan
Naas**

**Freie
Demokraten**

FDP

**Land-
tagswahl
2023**

**Feuer und
Flamme
für Hessen.
Kurzwahlprogramm**



Liebe Wählerinnen und Wähler!

Am 8. Oktober 2023 ist Landtagswahl in Hessen. Sie entscheiden über die Zukunft unseres Bundeslandes für die kommenden Jahre.

Das einst so erfolgreiche Hessen wird seit zehn Jahren ambitionslos verwaltet. Hessen ist nur noch Mittelmaß. Wir Freie Demokraten wollen, dass Hessen als Wirtschafts- und Bildungsstandort wieder spitze wird.

Wir kämpfen für die Wirtschaft, Bildung und die Freiheit jedes Einzelnen. Für diese Themen haben wir in den letzten Jahren im Landtag leidenschaftlich gekämpft.

Setzen Sie am 8. Oktober ein Zeichen und entscheiden Sie sich für Fortschritt und Innovation, wirtschaftlichen Wohlstand und die weltbeste Bildung. Entscheiden Sie sich für die Freien Demokraten.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'S. Naas', written in a cursive style.

Ihr Stefan Naas

Hessens Wirtschaft 4.0: Innovativ. Kreativ. Digital.

Mittelmaß und Stillstand?
Das ist nicht unser Anspruch. Wir wollen mit unserem Finanzplatz Frankfurt, unserem Gründergeist, digitalen Innovationen und weniger Bürokratie nicht nur in Deutschland, sondern auch im internationalen Umfeld wettbewerbsfähig sein. Die Menschen, die das möglich machen, gibt es schon. Mit uns zieht auch die Politik wieder mit.

Standort Hessen.

Modern. Divers. Zukunftssicher.

Die überdurchschnittlichen Potenziale des Standorts Hessen müssen endlich gehoben werden, um im internationalen Wettbewerb nicht den Anschluss zu verlieren. Den ideologischen Blick auf einzelne Branchen wollen wir hinter uns lassen und stattdessen denjenigen, die Hessen mit klugen Ideen und moderner Fertigung voranbringen, die Hand reichen.

Fakten:

Hessen ist ein attraktiver Standort für viele Branchen – im Herzen Europas, angebunden an wichtige Verkehrsinfrastruktur zu Luft, zu Wasser und an Land. Doch die zögerliche Politik der Landesregierung und ein mangelndes Bekenntnis zu verschiedenen Industrien hemmt die Entwicklung.

Zentrale Forderungen:

Wir wollen Hessen zum innovativsten Industriestandort Europas machen. Dafür braucht es eine Erweiterung der „House of“-Strategie des Landes um ein „House of Production“. Die Vernetzung des „House of Pharma“

mit den regionalen Firmen aus der Gesundheitsindustrie muss forciert werden. Dies gilt ebenso für das „House of Logistics and Mobility“ mit der Automobilindustrie.

Der Finanzplatz Frankfurt muss wieder zum Schwerpunktthema in der Landespolitik werden. Wir fordern dafür die Ansiedlung der geplanten EU-Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche (AMLA) in Frankfurt am Main und außerdem die Umsiedlung der BaFin in die Mainmetropole.

Der Messestandort Frankfurt hat einen immensen wirtschaftlichen Nutzen für die Metropolregion. Wir stehen für ein klares Bekenntnis von Landesseite und für eine Stärkung des Standorts.

Hessen ist bereits ein wichtiger Standort für Rechenzentren. Damit dieser Standortvorteil für die heimische Wirtschaft weiter gestärkt wird, fordern wir einen beschleunigten Netzausbau.

Start-up. Gründer. Mittelstand.

Unternehmensgründer müssen sich vom ersten Tag an aufs Unternehmen konzentrieren und sich willkommen fühlen können. Das erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass aus Gründern erfolgreiche Unternehmer werden, die Innovation entwickeln, Arbeitsplätze schaffen und Steuern zahlen.

Fakten:

Laut Start-up-Barometer fließen mehr als 45 Mal mehr Investitionen nach Berlin als nach Hessen. Nicht nur hier hat sich der Trend in den letzten fünf Jahren noch einmal verstärkt. Unser Land droht als Standort für Selbstständige und mittelständische Unternehmen abgehängt zu werden.

Zentrale Forderungen:

Wir wollen die Gründer- und Unternehmerkultur fördern. Dazu gehört die Vereinfachung von Gründungen und Betriebsübernahmen – bei Unternehmen im Handwerk, der Produktion oder im Bereich der Digitalisierung.

Wir fordern eine nachhaltige Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten für Gründer durch eine Bereitstellung von Venture-Capital (Wagniskapital).

Wir wollen gezielt Innovation außerhalb der Ballungsräume fördern. Dafür braucht es regionale Center of Innovation, welche Gründer, Mittelständler und Hochschulen in den Bereichen Innovation und Digitalisierung zusammenbringen.

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Meister und Master gleichwertig behandelt werden. Deshalb darf der Meister auch nicht am Geldbeutel scheitern.

Bürokratie.

Zu viel Bürokratie lähmt Menschen und Unternehmen und schadet mehr, als sie nützt. Dieses Prinzip muss umgekehrt werden: So viel Bürokratie wie unbedingt nötig, aber gleichzeitig so wenig wie möglich.

Fakten:

Hessen hat einzigartige Standortvorteile. Doch unter der derzeitigen Landesregierung werden die daraus entstehenden Potenziale nicht gehoben. In schwierigen wirtschaftlichen Zeiten werden Unternehmen mit Bürokratie überladen, statt ihre Innovationskräfte zu entfesseln.

Zentrale Forderungen:

Die FDP steht für eine umfassende Entbürokratisierung, von der Unternehmens-

gründung bis hin zum Tagesgeschäft. Der Kontakt zwischen Gründern und Behörden soll nach dem One-Stop-Shop-Prinzip gestaltet werden.

Darüber hinaus wollen wir das hessische Vergaberecht mittelstandsfreundlicher gestalten und bürokratische Hemmnisse beseitigen.

In den Bereichen Einzelhandel und Gaststättenrecht werden wir klarere Regeln schaffen. Das macht den Unternehmen das Leben leichter und stärkt die Innenstädte.

Wir wollen, dass die dringend nötige Fachkräftezuwanderung funktioniert. Dafür wollen wir eine zentrale Ausländerbehörde für Fachkräfte einrichten.

Finanzen.

Gerade in Zeiten von Inflation darf der Staat das Problem mit ungezügelterm Ausgabeverhalten nicht weiter befeuern. Doch auch sonst sind stabile Staatsfinanzen und eine kluge Investitionspolitik ein wichtiges Mittel der Zukunftssicherung und der Generationengerechtigkeit.

Fakten:

Bei der Pro-Kopf-Verschuldung liegt Hessen abgeschlagen hinter den am besten wirtschaftenden Bundesländern im Mittelfeld. Und das, obwohl etwa die Grunderwerbsteuer über die Gebühr erhöht und die Bürgerinnen und Bürger zusätzlich belastet wurden. Politik, die rechnen kann, bleibt derzeit ein Versprechen ohne Basis. Derzeit lebt Hessen aus der Substanz und vernichtet damit Zukunftschancen.

Zentrale Forderungen:

Die Einhaltung der Schuldengrenze ist für uns mehr als nur eine Verfassungsfrage. Wir wollen Schulden tilgen – und zwar nach einem festen Schuldentilgungsplan und nicht nach dem Prinzip Hoffnung.

Wir wollen eine feste Investitionsquote im Landeshaushalt durchsetzen, um zu vermeiden, dass weiterhin Substanz aufgezehrt wird.

Um zusätzliche Gelder für Investitionen zu generieren, wollen wir alle Landesbeteiligungen an Unternehmen auf den Prüfstand stellen. Die realisierten Einnahmen sollen genutzt werden, um einen Infrastrukturinvestitionsfonds zu schaffen.

Energie- versorgung.

Sicher. Klimafreundlich. Bezahlbar.

Technologieoffenheit ist das Leitmotiv liberaler Energiepolitik. Einseitige Abhängigkeiten gilt es in Zukunft zu vermeiden, und zwar mit allen vertretbaren Mitteln.

Versorgungssicherheit und die Bezahlbarkeit von Energie müssen als Ziele gemeinsam mit Klimaschutz gedacht werden.

Fakten:

Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine hat auch in der Energiepolitik für eine Zeitenwende gesorgt. Die von Union und SPD über viele Jahre gesteigerte Abhängigkeit von Putins Russland hat sich ebenso als falsch herausgestellt wie ideologische grüne Energiepolitik.

Zentrale Forderungen:

Wir wollen inländische Energieressourcen verstärkt nutzen und lehnen Förderverbote oder Verbote einzelner Technologien ab, wenn entsprechende Produkte aus dem Ausland importiert werden dürfen. Energieeinsparungen und eine Steigerung der Energieeffizienz sind in diesen Zeiten besonders wichtig. Deshalb wollen wir die vorhandenen Maßnahmen und Programme deutlich ausbauen.

Wasserstoff spielt eine zentrale Rolle in der Energieversorgung der Zukunft. Wir wollen den schnellen Anschluss Hessens an das

Wasserstoff-Kernnetz sicherstellen und die Verteilnetzbetreiber bei der Umrüstung der regionalen Netze unterstützen.

Zur Sicherung der Energieversorgung hat sich die Bundesregierung auf den Bau neuer wasserstofffähiger Gaskraftwerke verständigt. Das muss auch an bestehenden Kraftwerksstandorten in Hessen zügig vorangetrieben werden.

In einigen Jahrzehnten könnte die Kernfusion eine wichtige Bedeutung für die Energieversorgung spielen. Deshalb wollen wir die Erforschung von Fusionstechnologien in Hessen fördern.

Wir fordern in allen Feldern ein Handeln nach dem Prinzip der Technologieoffenheit. Auch fortschrittliche Biobrennstoffe oder synthetische Fuels können eine klimaneutrale Perspektive sein. Hessen soll zum führenden Standort für die Forschung, Entwicklung und Erprobung dieser Technologien werden.

Wir wollen, dass Hessen weiterhin eine einheitliche Strompreiszone bleibt, und nicht, dass für einen Teil des Landes Kostensteigerungen durchgesetzt werden.

Verkehrs- infrastruktur.

Eine moderne Verkehrsinfrastruktur ermöglicht den Menschen größtmögliche individuelle Freiheit bei geringem Aufwand an Kosten und Zeit. Nur so ist die Vereinbarkeit von Klimaschutz und Mobilität keine unerreichbare Zukunftsvision.

Fakten:

In Hessen haben alle Verkehrsträger große Kapazitätsengpässe und einen hohen Instandhaltungsstau. Ein Großteil der Landesstraßen ist in einem schlechten oder sehr schlechten Zustand. Die schwarz-grüne Landesregierung tut viel zu wenig, um die Probleme zu lösen. Während alle vom Klimaschutz sprechen, verschwenden Hessens Bürgerinnen und Bürger jeden Tag Energie im Stau. Schuld daran sind ideologische Entscheidungen, mit denen eine Verkehrswende erreicht werden soll, ohne Alternativen zu schaffen.

Zentrale Forderungen:

Technologieoffenheit und Innovationsfähigkeit werden mit uns zu den Prinzipien der hessischen Infrastruktur- und Verkehrspolitik. Wir wollen Mobilität ermöglichen, nicht verhindern.

Es braucht leistungsfähige Straßen. Mit uns werden auch Neubauten wieder möglich und die vom Bund zum Straßenbau zur Verfügung gestellten Mittel werden – anders als derzeit – abgerufen.

Wir Freie Demokraten wollen den öffentlichen Verkehr attraktiver gestalten und durch neue Verbindungen auch den ländlichen Raum enger anbinden.

Hessen braucht mehr Schieneninfrastruktur. Um dieses Ziel umzusetzen, setzen wir auf die Gründung einer hessischen Schieneninfrastrukturgesellschaft.

Zur dauerhaften Entlastung der Straßen müssen vor allem rund um den Verkehrsknotenpunkt Frankfurt die diskutierten Schienengroßprojekte endlich umgesetzt werden, um eine 30-Minuten-Taktung zwischen den größeren Städten möglich zu machen.

Wir fordern ein landesweites Radwegekonzept, um auch jenseits der kommunalen Verantwortung ein integriertes Radwegenetz auf den Weg zu bringen.

Die wirtschaftliche Entwicklung am Frankfurter Flughafen darf durch die Landesplanung nicht behindert werden. Wir stehen klar für die Entfesselung der Potenziale, auch im Logistikbereich.

Digitales Leben.

Innovative Produkte und Dienstleistungen, aber auch moderne Mobilitätskonzepte benötigen vielfältigste Informationen zu jeder Zeit und an jedem Ort. Eine leistungsfähige digitale Infrastruktur ist die Basis dafür.

Fakten:

Die digitale Infrastruktur in Hessen hat nach wie vor großen Nachholbedarf. Beim Glasfaserausbau liegt es im Vergleich zu den anderen westdeutschen Flächenländern ganz weit hinten. Das Versprechen, alle Schulen gigabitfähig anzuschließen, hat die Landesregierung nicht eingehalten. Auch die Mobilfunkabdeckung ist bundesweit unterdurchschnittlich.

Zentrale Forderungen:

Weil in Hessen Genehmigungen für neue Mobilfunkmasten nach wie vor zu lange dauern, fordern wir eine Genehmigungsfiktion. Das heißt: Wurde ein Bauantrag innerhalb von zwei Wochen nicht abschlägig beschieden, gilt er als vollständig und genehmigt. So beschleunigen wir Bauprozesse erheblich.

Bei öffentlich geförderten Bau- und Sanierungsprojekten werden der Einbau von Glasfaserkabeln und die Installation von Mobilfunkmasten künftig verpflichtend. Mieter sowie Eigentümer sollen mit einer Informationskampagne überzeugt werden, um die Quote der angeschlossenen Häuser zu steigern.

Verkehrssteuerung, Parkplatzmanagement, Abfallsammlung und Bewässerung digitalisieren wir, etwa indem wir Sensornetzwerke fördern und Hessen damit zum LoRaWAN-Musterland machen.

Wir Freie Demokraten machen die Logistik und den Verkehr durch innovative Konzepte wie die Paketzustellung durch Drohnen, flächendeckende Sensornetzwerke, autonomes Fahren, moderne und verknüpfte Verkehrssysteme und spannende Logistik-Start-ups zu einer Schlüsselbranche in unserem Land.

**Weltbeste
Bildung
für alle
und jeden
–
gerade
jetzt.**

In einer Zeit besonderer Herausforderungen garantiert nur weltbeste Bildung Stabilität und sichert die Zukunft der nächsten Generation. Konkret heißt das: früh anfangen, nie wieder aufhören und jeden Menschen in seiner Individualität fördern.

Früh- kindliche Bildung.

Bildung beginnt nicht in der Schule. Jedes Kind verdient die besten Startchancen und zwar unabhängig vom Elternhaus. Dazu braucht es einen umfassenden Ansatz, der die Kinder mit ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen in den Mittelpunkt stellt und Eltern einbezieht.

Fakten:

2023 fehlten im Krippenbereich rund 27.000 Plätze und im Kindergarten weitere knapp 10.000 Plätze, um den Bedarf zu decken. Der Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung wird damit in Hessen tagtäglich verletzt. Die Nachwirkungen der Corona-Zeit, aber auch zusätzliche Aufgaben wie Integration und Inklusion verlangen besondere Aufmerksamkeit von Seiten der Politik. Neben bedarfsgerechten und flexiblen Angeboten fehlt es an Personal, so dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zur hohlen Phrase wird.

Zentrale Forderungen:

Wir fordern, dass vorrangig in die frühkindliche Bildung investiert wird. Es müssen zusätzliche Plätze in Kitas wie auch in der Tagespflege geschaffen und flexible Betreuungszeiten angeboten werden.

Wir brauchen auch qualitative Verbesserungen, denn die Erzieherinnen und Erzieher brauchen die Zeit für die individuelle Begleitung der Kinder. Multiprofessionelle Teams sollen bei diesen Aufgaben maßgeblich unterstützen. Dazu müssen die Kitas als Bildungs- und Begegnungsort verstanden werden.

Erzieherinnen und Erzieher benötigen eine hervorragende Ausbildung, eine gute und angemessene Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen. Als konkrete Maßnahmen, um den Erzieherberuf attraktiver zu gestalten, fordern wir eine flächendeckende Ausbildungsvergütung, die Stärkung der dualen Ausbildung sowie eine Erhöhung des Einstiegsgehaltes.

Schule.

Jedes Kind verdient exzellenten Unterricht, egal wo es wohnt und auf welche Schule es geht. Qualität für unsere Kinder kann nur mit bedarfsgerecht qualifiziertem Personal in modernen und eigenverantwortlichen Schulen gewährleistet werden.

Fakten:

Obwohl Studien zeigen, dass selbstständige Schulen Kindern bessere Leistungen ermöglichen, werden die hessischen Schulen weiterhin zu sehr durch Regularien eingeengt. Zudem bestimmen Lehrkräftemangel und Unterrichtsausfall den Alltag. Über 10.000 der Lehrkräfte, die derzeit an hessischen Schulen arbeiten, sind nicht voll für die jeweilige Schulform ausgebildet.

Zentrale Forderungen:

Unser Verständnis von Chancengerechtigkeit bedeutet: Schule muss zu einem Ort passgenauer individueller Förderung werden. Kinder mit besonderen Bedarfen und Fähigkeiten fördern wir besonders. Dies gilt bei sonderpädagogischem Förderbedarf genauso wie bei Hochbegabung.

Auch beim Thema Inklusion muss gelten: Wahlfreiheit und individuelle Förderung sind essenziell. Deshalb müssen Förderschulen als weiteres schulisches Angebot erhalten bleiben. Sowohl die inklusive Bildung als auch die Förderschulen brauchen mehr Ressourcen. Die Grundunterrichtsversorgung muss immer sichergestellt sein. Dies geht nur mit ausreichend Lehrpersonal, dem Aufbau von Reservekapazitäten und ausreichend Personal für Aufgaben wie Ganzttag, Inklusion und Integration. Für Grundschulen ist dies nur mit einer schnellen Eingruppierung der Lehrkräfte in die Besoldungsgruppe A13 realistisch.

Mehrsprachigkeit von Kindern muss als Bereicherung gesehen und stärker gefördert werden. Neben der gezielten Sprachförderung – nicht nur für Kinder mit anderen Muttersprachen – braucht es auch eine MINT-Initiative, die alle Schulformen und Altersstufen umfasst. Für diese und für die Förderung der Wirtschafts- und Finanzkompetenz der Schülerinnen und Schüler sind Kooperationen

mit Unternehmen und Hochschulen erstrebenswert. In der Sekundarstufe I muss ein flächendeckender verpflichtender Informatikunterricht eingeführt werden. Ganztägige Angebote stärken die Chancengerechtigkeit.

Grundlage für den ab 2026 geltenden Rechtsanspruch sind qualitativ hochwertige Angebote mit klarem pädagogischem Konzept und ausreichend Fachpersonal.

Alle Fächer vermitteln wichtige Kompetenzen. Deshalb muss sichergestellt werden, dass auch die musischen Fächer und der Sport- und Schwimmunterricht flächendeckend gewährleistet sind.

Wie im Bereich der frühkindlichen Bildung müssen auch in den Schulen multiprofessionelle Teams etwa aus den Bereichen Pädagogik, Schulsozialarbeit und Schulpsychologie zusammenarbeiten. Wir Freie Demokraten wollen, dass Lehrkräfte von Verwaltungsaufgaben entlastet werden. Dazu muss die Zahl der Sekretariats- und Assistenzstellen erhöht und zentrale Dienstleistungsangebote erweitert werden.

Schulen sollen die Unterrichtsgestaltung und die Organisation des Schulbetriebs nach individuellem Ermessen im Sinne der Schülerinnen und Schüler gestalten können. Auch die Entscheidung über die Verwendung finanzieller Mittel sollte stärker bei den Schulen liegen. Dafür wollen wir das Programm der „Selbstständigen Schule“ weiter ausbauen. Ersatzschulen bereichern unser Schulwesen, sind Impulsgeber für Innovation und daher angemessen zu fördern.

Lehrkräfte müssen wieder den Respekt genießen, den sie verdienen. Dazu gehört nicht nur ein Ende der Praxis, Lehrerinnen und Lehrer im Sommer in die Arbeitslosigkeit zu schicken, sondern auch eine qualitätsorientierte Verbesserung der Lehrkräfteausbildung. Wir wollen unter der Berücksichtigung von Fortbildungen Leistungsanreize für Lehrkräfte schaffen.

Berufliche Bildung.

Die duale Berufsausbildung ist die Talentschmiede und Voraussetzung für Innovation und Strukturwandel – und damit für unseren Wohlstand. Doch auch in diesem Bereich müssen flexiblere Angebote die immer bunteren Lebens- und Berufsbildungswege der Menschen spiegeln und damit jungen Menschen eine berufliche Zukunft und Unternehmen qualifizierte Mitarbeiter bieten.

Fakten:

Die Chancen für Jugendliche auf dem Arbeitsmarkt verbessern sich spürbar, wenn dual ausgebildet wird. Trotzdem muss sich auch die duale Ausbildung angesichts neuer Herausforderungen durch den demografischen Wandel und Entwicklungen wie etwa die Energiewende oder technologische Neuerungen verändern.

Zentrale Forderungen:

Wir Freie Demokraten fordern ein dichtes Netz von Berufsschulen und ergänzende Möglichkeiten von Teilpräsenz- und Onlineveranstaltungen.

Die Berufsschulen benötigen aufgrund ihrer Sonderstellung einen zentralen Ansprechpartner in der Kultusverwaltung, der ihrer hohen Vielfältigkeit gerecht wird.

Wir wollen, dass an beruflichen Schulen die Angebote für Jugendliche, die noch nicht die Anforderungen zur Aufnahme einer Ausbildung erfüllen oder keinen Ausbildungsplatz finden, weiterentwickelt werden.

Die Durchlässigkeit unseres Bildungssystems ist die Voraussetzung für die persönliche Entfaltung. Deshalb müssen auch im Bereich der dualen Berufsausbildung die Weiterbildungsangebote ausgebaut, die Gleichwertigkeit von beruflichen und akademischen Bildungsabschlüssen deutlicher gemacht und berufliche Gymnasien stärker als Alternative zum grundständischen Gymnasium etabliert werden.

Hochschule und Erwachsenen- bildung.

Hessen soll das Innovationsland Nummer eins in Deutschland und eine führende Wissensregion in Europa werden. Das geht nur mit einer exzellenten Hochschullandschaft.

Fakten:

Die Hochschullandschaft Hessens mit insgesamt 34 Hochschulen in staatlicher, kirchlicher oder privater Trägerschaft bietet großes Potenzial. Doch zu häufig fehlt die notwendige langfristige Grundfinanzierung für ambitionierte Vorhaben. Kein Wunder, dass Hessen in der letzten Runde der Exzellenzinitiative enttäuschend abgeschnitten hat.

Zentrale Forderungen:

Wir stehen zum Hessischen Hochschulpakt und wollen diesen fortführen. Mehr Autonomie, bessere Rahmenbedingungen und eine verlässliche auskömmliche Finanzierung der Hochschulen sorgen dafür, dass Hessen für Studierende, Spitzenforscher und akademische Lehrer aus der ganzen Welt an Attraktivität gewinnt.

Wir wollen den wissenschaftlichen Nachwuchs endlich fair behandeln und die Vertragslaufzeiten bei Landesstellen verlängern. Bestrebungen von unterschiedlichen Seiten,

die Freiheit von Forschung und Lehre einzuschränken, werden wir klare Grenzen setzen und Hürden für die Wissenschaftsfreiheit werden wir abbauen.

Wir Freie Demokraten wollen ein Umdenken in den Organisationen. So sollen sich Studienangebote an den Lebenswirklichkeiten orientieren und verstärkt Teilzeitstudiengänge, berufsbegleitende Studiengänge oder Fernstudiengänge beinhalten.

Wir wollen die Autonomie von Hochschulen stärken – organisatorisch und finanziell – und auch die Partnerschaft mit privaten Hochschulen intensivieren. Wir stehen für ein kostenfreies Erststudium bis zum Masterabschluss. Darüber hinaus sollen die Hochschulen selbst entscheiden können.

Auch die Erwachsenenbildung an den Volkshochschulen wollen wir verstetigen, entbürokratisieren und digitalisieren – und damit die Qualität und die Reichweite erhöhen.

Digital lernen.

Digitalisierung und digitale Kompetenzen müssen zusammen gedacht werden. Kinder und Jugendliche, aber auch die Lehrkräfte benötigen eine leistungsfähige digitale Infrastruktur und das notwendige Rüstzeug für den Umgang mit dieser.

Fakten:

Entwicklungen wie der Trend zur künstlichen Intelligenz (KI) erfordern ein intensives Befassen mit neuen Technologien und deren Grundlagen. Das hessische Schulsystem ist darauf bisher mangelhaft vorbereitet. Es fehlen nicht nur die technische Infrastruktur und entsprechende Fortbildungsangebote, sondern vor allem ein Konzept mit klar formulierten Zielen und Verantwortlichkeiten.

Zentrale Forderungen:

Wir müssen alle hessischen Bildungseinrichtungen – von den Kitas bis zu den Hoch- und Volkshochschulen – mit modernster Technologie ausstatten und die Einrichtungen vernetzen. Digitale Souveränität soll als wichtiges Bildungsziel eingeführt werden. Und zwar bereits ab der Zeit der frühkindlichen Bildung. Deshalb fordern wir Freie Demokraten eine Anpassung der Lehreraus- und -fortbildung und der Lehrpläne, so dass bewährte analoge Formate durch digitale Lehr- und Lernmethoden ergänzt werden. Im Bereich Schule sollen Infrastruktur-, Diagnose- und Vermittlungsfragen in einer „Digitalstrategie Schule Hessen“ gebündelt werden. Durch die Einrichtung von KI-Innovationsschulen wollen wir die Chancen KI-basierter Anwendungen im schulischen Alltag nutzen.





Kultur.

Kunst und Kultur bestimmen die Grundlage unseres gesellschaftlichen Miteinanders und sind die Basis für Kreativität und Innovationskraft eines Landes. Sie bereichern unser Leben und tragen zu Identitätsbildung, Lebenserfüllung und Selbstfindung des Einzelnen bei.

Fakten:

In Hessen gibt es eine vielseitige Kulturlandschaft, die allerdings mit einem Dschungel an Bürokratie und der dauernden Unsicherheit aufgrund kurzfristiger Förderungszeiträume leben muss. Wer Kunst und Kultur als wichtigen Standortfaktor und als identitätsstiftendes Merkmal für unser Land versteht, muss die notwendige künstlerische Freiheit sichern und fördern und einen verlässlichen finanziellen Rahmen garantieren.

Zentrale Forderungen:

Wir Freie Demokraten setzen uns für ein hessisches Kulturgutgesetz ein. Mit diesem wird finanzielle Förderung langfristig abgesichert und die Bürokratie zurückgedrängt. Um kulturelle Bildung in Schulen sicherzustellen, wollen wir ein Kulturbudget einführen, das von den Schulen selbstständig verwaltet und eingesetzt werden kann.

Wir wollen auch die Fördermaßnahmen der hessischen Kreativwirtschaft erweitern. Der derzeitige Zustand, dass unser Bundesland in diesem Bereich im Bundesvergleich auf den hinteren Rängen liegt, hat mit uns ein Ende.

Wir fordern einen landesweiten Bibliotheksentwicklungsplan, über den mit zusätzlichen Landesmitteln ein flächendeckendes Netz von Bibliotheken gesichert wird.

Wir fordern eine Weiterentwicklung der Strukturen der documenta, die eine künstlerische und kuratorische Freiheit ebenso sichert wie die Einhaltung fundamentaler Werte unseres Landes.

Selbstbestimmt leben. Sicher. Modern. Nachhaltig.

Ein freies, selbstbestimmtes Leben gelingt nur, wenn einige wichtige Dinge zusammenkommen. Dazu gehört ein starker, wehrhafter Rechtsstaat, der die Balance von Sicherheit und Freiheit achtet. Dazu gehört auch ein Regierungshandeln, das Menschen etwas zutraut und sie nicht bevormundet. Und auch glaubwürdige und attraktive Angebote zur Teilhabe und der Blick über den Tag hinaus sind unabdingbar.

Rechtsstaat und Teilhabe.

Die Basis einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung ist ein funktionierender Rechtsstaat. Dieser sorgt für die Durchsetzung der geltenden Regeln und stellt sicher, dass auch seine eigenen Organe diese Regeln einhalten. Darüber hinaus muss der Staat sorgsam mit den Anliegen und der Zeit seiner Bürgerinnen und Bürger umgehen.

Fakten:

Die hessische Justiz verfügt derzeit nicht über die notwendigen Mittel, um ihren Aufgaben nachzukommen. Lange Verfahrensdauern führen zu einer Unwucht zulasten der Opfer von Straftaten, die nicht akzeptabel ist. Möglichkeiten der Digitalisierung werden nicht genutzt.

Zentrale Forderungen:

Hessen bekommt mit uns eine nachhaltige Verbesserung der personellen und sachlichen Ausstattung der Justiz. Dazu gehören insbesondere Investitionen in die technische Infrastruktur der Justiz und die Chancen der Digitalisierung (E-Justice).

Richter werden in ihrer Unabhängigkeit gestärkt und ihr Einsatz wird in Zukunft professioneller koordiniert, um Besetzungslücken (etwa aufgrund von Elternzeit) zu minimieren. Darüber hinaus werden wir systematisch prüfen, wo ggf. weitere Spezialzuständigkeiten geschaffen werden können.

Wir wollen weg von der Täterzentrierung in der Justiz und rücken stattdessen die Opfer in den Fokus. Daher fordern wir

eine hessische Opferschutzstiftung, die Hilfsangebote für Opfer und ihre Angehörigen fördert und ausbaut. Überdies setzen wir uns für eine Stärkung der Auskunftsrechte der Opfer ein.

Nur mit uns Freien Demokraten bleibt das Versammlungsrecht ein freiheitliches Versammlungsrecht. Der Staat darf nicht immer neue Gründe suchen, um unliebsamen Protest zu unterdrücken.

Der Staat darf seine Bürgerinnen und Bürger nicht unnötig Lebenszeit kosten. Damit Ziele wie etwa eine papierlose Verwaltung bis 2028 wirklich umgesetzt werden, fordern wir ein Digitalministerium, in dem alle notwendigen Kompetenzen gebündelt werden.

Wir fordern eine umfassende Wahlrechtsreform, die garantiert, dass der Landtag eine gewisse Größe nicht überschreitet. Darüber hinaus setzen wir uns für das aktive Wahlrecht ab 16 Jahren ein.

Wir wollen, dass das Land Hessen auch als Arbeitgeber attraktiv bleibt. Eine leistungsfähige Verwaltung kann es nur geben, wenn dem drohenden Fachkräftemangel ein öffentlicher Dienst mit hoher Attraktivität für die Bewerber entgegengestellt wird – gerade auch mit Blick auf die Konkurrenzsituation zur freien Wirtschaft. Hierzu gehört, dass die verfassungsmäßige Besoldung für Beamte unverzüglich wiederhergestellt wird.

Polizei.

Die Polizei muss so aufgestellt sein, dass sie ihren Aufgaben auch in Zeiten des digitalen Wandels, globaler Bedrohungsszenarien und der damit einhergehenden Herausforderungen nachkommen kann.

Fakten:

Die Polizei in Hessen leidet unter Personalmangel. Darüber hinaus leiden Polizistinnen und Polizisten an vermeidbarer Bürokratie. Der technologische Fortschritt macht auch vor der Kriminalität nicht halt und stellt die Polizei vor neue Herausforderungen, denen sie nur mit entsprechender Befähigung und moderner Ausstattung begegnen kann – beides wird von der Landesregierung allerdings nicht im notwendigen Maß angeboten.

Zentrale Forderungen:

Mit uns bleibt die personelle Stärkung kein leeres Versprechen: 1.500 neue Polizisten bis 2027 sind unsere Forderung. Dazu kommt die Entlastung der Polizistinnen und Polizisten von Verwaltungstätigkeiten.

Wir fordern eine Digitalisierungsoffensive bei der hessischen Polizei. Hierfür soll jeder Streifenwagen mit einem Tablet sowie freigeschalteten polizeispezifischen Softwareapplikationen (Apps) ausgestattet werden.

Wir unterstützen weitere Maßnahmen zur Verbesserung der sachlichen Ausstattung und der Einsatzmittel der Polizei. Wir fordern, dass die Ausbildung an Tasern als milderes Mittel gegenüber der Schusswaffe verpflichtend wird.

Anlasslose und flächendeckende Videoüberwachung sowie präventive Videoaufzeichnungen von angemeldeten Versammlungen lehnen wir ab. Vereinzelt können Überwachungskameras an neuralgischen Punkten die Polizeiarbeit unterstützen.

Sicherheits- architektur und Prävention.

Unsere Sicherheitsarchitektur muss an die neuen, sich wandelnden Herausforderungen angepasst werden. Sie muss den Ansprüchen an Effizienz, Transparenz und Kontrolle gleichermaßen Rechnung tragen.

Fakten:

Die derzeitige Praxis im Bereich der Koordinierung und des Informationsaustauschs mit den Sicherheitsbehörden anderer Länder und des Bundes wird den Anforderungen unserer Zeit nicht gerecht. Dies gilt ebenso für die parlamentarische Kontrolle des Landesamtes für Verfassungsschutz. Hessen hinkt auch hier – wie im Bereich Prävention – weit hinter anderen Bundesländern her und läuft damit Gefahr, die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen.

Zentrale Forderungen:

Wir fordern eine Initiative für die Neuordnung der Sicherheitsarchitektur zwischen Bund und Ländern, insbesondere eine deutlich bessere Koordinierung und einen besseren Informationsaustausch, einheitliche Standards und klare Zuständigkeitsregelungen.

Im Rahmen eines modernen Verfassungsschutzgesetzes fordern wir die Umsetzung einer „Whistleblower-Regelung“.

Wir setzen uns für die Einsetzung einer Enquete-Kommission zur Demokratiestärkung und Extremismusbekämpfung ein. Außerdem fordern wir die Stärkung der Deradikalisierungs- und Präventionsprogramme des Landes mit dem Ziel der Bekämpfung aller Formen des Extremismus.

Wir fordern die Stärkung von Präventionsarbeit, insbesondere in den Themenfeldern „häusliche Gewalt“ und „Kindesmissbrauch“. In diesem Kontext sollen niedrigschwellige Beratungsangebote und psychologische Betreuungsangebote ausgebaut werden.

Wohnen.

Wohnen ist Grundbedürfnis und Ausdruck von Persönlichkeit. Der Anspruch verändert sich mit jeder neuen Lebensphase. Er darf finanziell nicht so belasten, dass alle anderen Bedürfnisse zurückstehen müssen.

Fakten:

Wohnen wird immer teurer. Bau- und Baunebenkosten steigen. Die Mietpreisbremse hemmt Investitionen und trägt nachweislich zum Anstieg der Mieten bei. Die Landesregierung setzt die falschen Prioritäten. Sie begrenzt die Ausweisung neuer Flächen und hat dafür gesorgt, dass Grundsteuer und Grunderwerbssteuer deutlich gestiegen sind. Damit verschärft sie den Wohnungsmangel und befeuert Preissteigerungen.

Zentrale Forderungen:

Wir wollen die Grunderwerbssteuer deutlich absenken und eine Grundsteuerbremse umsetzen. Darüber hinaus fordern wir einen einmaligen Steuerfreibetrag über 500.000 Euro für jeden hessischen Bürger und jede hessische Bürgerin bei der ersten selbst erworbenen Immobilie.

Außerdem wollen wir die Genehmigungszeiten verkürzen, Regulierung reduzieren und digitale Planung vorantreiben. Damit zeigen wir die Alternative zur Mietpreisbremse auf: Erst die Reduzierung von Entstehungskosten, Steuern und Abgaben und die Beschleunigung von Prozessen schaffen schnell bezahlbaren Wohnraum.

Wir wollen das schwarz-grüne Umwandlungsverbot von Miet- zu Eigentumswohnungen abschaffen und auch sonst den Eigentumserwerb fördern.

Wir wollen die Baulandoffensive evaluieren und verbessern. Mit der Ermöglichung von Nachverdichtungen und der Schließung von Baulücken helfen wir, dringend benötigte Baugrundstücke zu schaffen.

Wir fordern, den Abbau von in Hessen vorhandenen Ressourcen wie Sand und Kies gezielt zu ermöglichen. Dazu zählt auch der Abbau in kleinen Teilen (0,5 Prozent) der Bannwälder.



Gesundheit und Soziales.

Irgendwann im Leben braucht jeder Mensch einmal Hilfe. Wichtig ist, dass die Bürgerinnen und Bürger in Hessen wissen, dass soziale Angebote sowie ein belastbares Gesundheits- und Pflegesystem auch außerhalb der großen Städte verfügbar sind.

Fakten:

In Hessen bewegt sich das Niveau der Versorgung bei Medizin und Pflege immer weiter auseinander. Die Grenze verläuft dabei zwischen den Städten und dem ländlichen Raum. Die Landesregierung verzichtet darauf, die notwendigen Maßnahmen einzuleiten, um dieser Entwicklung etwas entgegenzusetzen.

Zentrale Forderungen:

Um zukünftig die Versorgung der Bürger insbesondere im ländlichen Raum sicherzustellen, fordern wir die Gründung von regionalen Gesundheitsversorgungszentren (GVZ).

Wir wollen Hessen zu einem Vorreiter-Bundesland im Bereich E-Health und Telemedizin machen. Deshalb wollen wir eine Digitalstrategie für das hessische Gesundheitswesen entwickeln.

Ein Baustein muss sein, Telemedizin im ländlichen Raum stärker zu etablieren, um Versorgungslücken zu schließen.

Um in Hessen datengetriebene Forschung im Bereich Gesundheit voranzutreiben, soll eine vertrauenswürdige Gesundheitsdatenstiftung gegründet werden, die gespendete Patientendaten verwaltet und einem relevanten Nutzerkreis zur Verfügung stellt.

Mittelfristig sollte in Pflegeeinrichtungen eine mindestens 105-prozentige Quote an Pflegepersonal vorgehalten werden. Auch um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir familienfreundliche Arbeitszeitmodelle fördern, die Zahl der Kinderbetreuungsplätze erhöhen und die Qualität der Kinderbetreuung steigern.

Ländlicher Raum.

Der ländliche Raum und die Ballungsräume in Hessen sind für uns gleich wichtig. Die Menschen müssen frei entscheiden können, wo sie leben und arbeiten. Auch die heimische Landwirtschaft muss ihrer Rolle bei der Ernährungssicherung entsprechend behandelt werden.

Fakten:

Die Vernachlässigung des ländlichen Raums in Hessen und die demografische Entwicklung haben eine Landflucht ausgelöst und überfordern zunehmend die Ballungsräume. Mit der fortschreitenden Digitalisierung und der zunehmenden Umsetzung ortsunabhängigen Arbeitens ergeben sich Möglichkeiten für den ländlichen Raum, die noch nicht ausreichend genutzt werden.

Zentrale Forderungen:

Im ländlichen Raum sind innovative Modelle in der Vernetzung von ÖPNV und Individualverkehr viel einfacher umzusetzen als in der Stadt. Deshalb fordern wir, ÖPNV- und Mobilitätsinvestitionen nicht auf die Ballungsräume zu beschränken.

Wir wollen die Kommunen im ländlichen Raum finanziell mit 200 Mio. Euro bei der Instandhaltung von Verkehrswegen unterstützen. Mit dualen Studienangeboten, orientiert am Vorbild der TH Mittelhessen, wollen wir jungen Menschen Entwicklungsmöglichkeiten bieten, für die sie ihre ländliche Heimat nicht verlassen müssen.

Das Ziel der Ernährungssicherung wollen wir als weiteres Staatsziel in der Hessischen Verfassung festschreiben.

Mit der zunehmenden Umsetzung von Solarpark-Projekten kommt es immer stärker zu einer Flächenkonkurrenz mit der Landwirtschaft. Dieses Problem darf nicht einseitig auf Kosten der Landwirtschaft gelöst werden.

Wir stehen für einen Umwelt-, Natur- und Klimaschutz mit Augenmaß. Als Bundesland ist Hessen vor allem für den Bereich Klimaanpassung zuständig und soll seinen Fokus auf diesen Bereich legen. Darüber hinaus müssen auch im Bereich Umweltschutz legitime Interessen abgewogen und Automatismen vermieden werden.

Wir setzen uns im Sinne der Wildtierpopulationen und der Weidetierhaltung für ein aktives Bestandsmanagement des Wolfs in Hessen ein.



Freie Demokraten

FDP

Impressum:
FDP Landesverband Hessen
Adolfsallee 11
65185 Wiesbaden

+49 (0) 611 999060
hessen@fdp.de
fdp-hessen.de

facebook.com/FDPHessen
twitter.com/FDPHessen
instagram.com/fdp_hessen